

## Pressemitteilung Nr. 9 vom 07.03.2024

**Gemeinsame Pressemitteilung von Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und Umweltbundesamt (UBA)**

# **Bürgerinnen und Bürger fordern mehr Stadtbegrünung gegen Hitze und Entsiegelung**

**Bürgerdelegierte überreichen ihre Empfehlungen zur Klimavorsorge an Umweltstaatssekretärin Christiane Rohleder**

Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Bundesregierung ein entschlossenes Handeln gegen die Folgen des Klimawandels. Das ist das zentrale Ergebnis der fünf regionalen Dialogveranstaltungen zur Klimaanpassung, die heute der Staatssekretärin Christiane Rohleder im Bundesumweltministerium übergeben wurden. Die Bürgerinnen und Bürger fordern mehr innerstädtisches Grün gegen die Hitze und die Entsiegelung von Flächen, damit das Regenwasser wieder in den Boden gelangen kann. Außerdem möchten sie, dass die Entnahme von Grundwasser zum Schutz der Ressourcen klar geregelt wird und sie vor Wetterextremen geschützt arbeiten, lernen und wirtschaften können, damit Leistungsfähigkeit und Gesundheit erhalten bleiben. Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere ÖPNV und Bahn, müsse auch bei Extremwetterereignissen und Hitze zuverlässig funktionieren.

Umweltstaatssekretärin Christiane Rohleder: „Die Klimakrise wird in Deutschland immer stärker spürbar. Das belegen die in den letzten Jahren zunehmenden Wetterextreme wie Dürren, Hitzewellen und Starkregen. Wie sich in Zukunft Klimafolgen mindern und Lebensqualität erhalten lässt, zeigen uns Bürgerinnen und Bürger mit ihren Zukunftsbildern und machen konkrete Vorschläge für die Politik. Die Ergebnisse helfen bei der weiteren Entwicklung der neuen Klimaanpassungsstrategie, in der wir die Perspektiven und Vorschläge aus der Bevölkerung berücksichtigen.“

Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes: „Die fünf Dialoge haben bestätigt, dass die Menschen sich von den Folgen des Klimawandels betroffen fühlen und zu Lösungen beitragen wollen. So legen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger Wert darauf, dass Menschen im Klimawandel

Referatsleiter „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Internet“ und Pressesprecher:  
Martin Ittershagen  
martin.ittershagen@uba.de

Pressesprecher:  
Florian Kuhlmeiy  
florian.kuhlmeiy@uba.de

Feliks Todtmann  
feliks.todtmann@uba.de

Joseph Nasr  
joseph.nasr@uba.de

Pressehotline:  
+49(0)340 2103 - 2245  
presse@uba.de

gesund bleiben und sich und andere besser schützen können. Dafür wollen sie beispielsweise gekühlte öffentliche Räume bei Hitze, aber auch eine bessere Aufklärung über Risiken. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem grünen, lebendigen Wohnumfeld und klimaangepassten Gebäuden ist ebenfalls die Bereitschaft zu gemeinschaftlichem Engagement erkennbar. Das ist eine große Chance, um Klimaanpassung auch vor Ort umzusetzen.“

Die Bürgerinnen und Bürger fordern beim Thema Versorgung mit Wasser, Energie und Rohstoffen auch, dass die Entnahme von Grundwasser klar geregelt und die Energieversorgung dezentralisiert wird, um die Versorgung sicherzustellen. Der Zugang zu klimaangepassten öffentlichen Räumen müsse für alle und gerade die besonders von Hitze betroffenen Bevölkerungsgruppen ohne lange Wege ermöglicht werden. Insgesamt wünschen sie sich, dass das Thema Klimaanpassung in der Bevölkerung bekannter wird und notwendige Maßnahmen besser akzeptiert werden. Deswegen sollten Bildung, Kommunikation und Beteiligung dazu verstärkt werden.

## Hintergrund

Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes trafen sich im Herbst letzten Jahres zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in fünf Dialogveranstaltungen in den unterschiedlich vom Klimawandel betroffenen Regionen Ostseeküste in Wismar, Mittelelbe in Dessau-Roßlau, Rhein-Ruhr in Duisburg, Rhein-Main in Worms und Bayerischer Wald in Zwiesel. Jeweils zwei Tage lang erarbeiteten insgesamt 331 Personen Ideen und Empfehlungen dazu, wie sich die Zukunft im Klimawandel lebenswert gestalten lässt. Bürgerdelegierte aus den verschiedenen Regionen haben heute die Empfehlungen dem Bundesumweltministerium übergeben.

Die Bundesregierung entwickelt derzeit die Deutsche Anpassungsstrategie aus dem Jahr 2008 weiter und will bis Ende 2024 eine neue, vorsorgende Anpassungsstrategie an den Klimawandel vorlegen. Diese Strategie ist im neuen Klimaanpassungsgesetz verankert, das im **November 2023 vom Bundestag verabschiedet** wurde. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der Fachwelt werden in die Arbeiten zur neuen Klimaanpassungsstrategie der Bundesregierung einfließen.

## Links:

- Empfehlungsbroschüre:  
<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/empfehlungen-von-buergerinnen-buergern-fuer-die>
- Dialog Klimaanpassung (BMUV):  
<https://www.bmu.de/buergerservice/beteiligung/ueberblick-beteiligung/dialog-klimaanpassung-leben-im-klimawandel>

- Dialog Klimaanpassung (UBA):  
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-bundesebene/dialog-klimaanpassung#undefined>

---

**Referatsleiter und Pressesprecher:** Martin Ittershagen

**Pressesprecher:** Florian Kuhlmey, Feliks Todtmann

**Pressesprecher International:** Joseph Nasr



**Mitarbeit:** Cathleen Rieprich

Umweltbundesamt, Postfach 14 06, 06813 Dessau-Roßlau

Pressehotline: +49(0)340 2103 - 2245

E-Mail: [vorname.nachname@uba.de](mailto:vorname.nachname@uba.de)

[www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)  [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)